

# Halle-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

erschint wochentlich am Sonntag, am Sonntag's frühzeitig. Die Druck-Vertheilung beginnt in Halle um 7 Uhr und geht durch die Post bei jeder Zustellung monatlich 20,00, in den Hauptstädten oberhalb 24,00 monatlich. Die obige Preisliste für den Einzelverkauf ist in der Halle-Zeitung vom 1. Juli 1922, im amtlichen Verzeichn. 20,00. Reklamen die 1000malige Vertheilung 20,00 im Einzelverkauf und 10,00 im amtlichen Verzeichn. Preisangabe: Zahl der Vertheilungen.

Verlags-Gesellschaft Halle a. S., Jena Promenade 14 und Halle Brunnenstraße 17. Schriftführer: Hermann Schmidt. Druckerei: Halle a. S., Jena Promenade 14. Druck-Vertheilung: „Gesellschaft Halle-Zeitung“. Postfach: Halle a. S., Jena Promenade 14. Verlags-Konto: Leipzig 22215. Vertheilung und Postanweisung: Halle a. S., Jena Promenade 14. Die Halle-Zeitung wird nur bis zum 10. eines jeden Monats zum Schluss des laufenden Monats geliefert.

# Vor der großen Koalition?

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss für die Reichswehr. / Noch ein Demonstrations-Diensttag? / Neuordnung der Einkommensteuer. / Im Oktober weitere Portoerhöhungen.

## Klärungen.

Zusatz der Deutschen Volkspartei. — Einseitiges Ja.

Auf die briefliche Anfrage der beiden Regierungsparteien Zentrum und Demokraten an die Deutsche Volkspartei, ob sie unter bestimmten Voraussetzungen bereit sei, in die Regierungskoalition mit einzutreten, ist überaus schnell eine zugehende Antwort gekommen. Man muß den Wortlaut des Briefes genau lesen, um die Bedeutung der Entsch. aus der Deutschen Volkspartei richtig zu würdigen. Nach einer allgemeinen Darstellung der Lage hieß es in dem Brief: „Wir sehen nach diesen Ausführungen Einigkeit darüber voraus, daß ein Wiedereintritt in das Staatsamt unter Fortführung der in der Weimarer Verfassung festgelegten Grundzüge der Staatsform möglich ist. Deshalb wird von den in der Regierung zu vertretenden Parteien jede Abfertigung gegen die Verfassung der Republik gegen die Träger der Staatsgewalt und die Embleme des Staates innerhalb und außerhalb der Parlamente zu vermeiden und die Republik gegen jeden Angriff zu verteidigen sein. Dem Staate sind durch das Gesetz zum Schutze der Republik alle Machtmittel zu gewähren, deren er zur tatkräftigen Verteidigung bedarf. Alle Maßnahmen der Regierung, welche außenpolitischen Verhältnisse auf der Basis internationaler Verhandlungen zu verbessern, sind zu unterstützen.“ In diesen Sätzen sind also die wichtigsten Forderungen und Voraussetzungen für den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung klar und deutlich mitgeteilt. Dazu war noch die Deutsche Volkspartei gefragt worden, ob sie bereit sei, „sich auf dieser Grundlage an der Regierung zu beteiligen.“ Wenn jetzt die deutschsozialistische Reichstagsfraktion, wie mitgeteilt worden ist, einstimmig mit Ja geantwortet hat, so ist dieses zweifellos eine sehr erfreuliche Weisung von dem Standpunkt, den sie früher eingenommen hat.

Kraft diese einzelnen der hier formulierten Forderungen hat die Deutsche Volkspartei früher abgelehnt. Offenbar ist sie unter dem Druck der gegenwärtigen Verhältnisse zur Entsch. über und Umkehr gekommen. Im vaterländischen und im republikanischen Interesse kann man das nur begrüßen. Ganz besonderen Anlaß zur Genehmigung hat die Deutsche Demokratische Reichstagsfraktion, deren zahlreiche Bemerkungen um einen Wechsel der deutschsozialistischen Taktik nun endlich von Erfolg gekrönt sind. Die Demokraten haben bei der Deutschen Volkspartei das gleiche erreicht, wie die Mehrheitssozialdemokraten bei den Unabhängigen, die ebenfalls nach jahrelanger Straßendebatte endlich ihre antirepublikanische politische Taktik zu Gunsten positiver Unterstützung und Mitverantwortung für die Republik aufgegeben haben. Die beiden Fraktionen haben grundtätig und gefähig die gleichen Opfer gebracht. Das sollte von allen Seiten im Interesse der Stärkung des Staatsgedankens und der Sicherung der Republik begrüßt werden. Nichts ist darum verfehlter wie die Taktik des mehrheitssozialistischen „Vorwärts“, der angestrichelt die neuesten Entwicklungen von „kleinen latifunden Kleinigkeiten“ redet, die fast wie ein schlechter Scherz wirken. Ermühtig kann gar keine Rede davon sein, daß jetzt eine Partei in die Regierung aufgenommen werde, die sich programmatisch zur Monarchie bekennet, und die bis in die letzten Tage hinein Arm in Arm mit den Deutschnationalen die Außenpolitik Wirths und Rathenaus befehligt hat. Wie verfehlt eine derartige Darstellung in Wirklichkeit ist, geht schon daraus hervor, daß man fast genau dieselben Bedenken gegen die Umkehr der Unabhängigen von ihren bisherigen Wegen geltend machen könnte. Auch sie haben sich bisher programmatisch gegen die Republik zum Kampfe bekannt und bis in die letzten Tage hinein Arm in Arm mit den Kommunisten die Regierungspolitik bekämpft. Ist es etwa deshalb den Demokraten und dem Zentrum eingefallen, namentlich den Unabhängigen die Aufnahme in die Regierungskoalition zu verweigern? Wird die leibliche Abfertigung in dieser Hinsicht gefallen. Zentrum und Demokraten haben vielmehr nur versucht, die Verbreiterung und Verstärkung der Regierungskoalition auch nach rechts hin zu erreichen, wie sich die Mehrheitssozialdemokraten bemüht haben, sie nach links durchzusetzen. Gemeinsam war beiden Bestrebungen die Sammlung aller Kräfte, die bereit und guten Willens sind, die Republik zu schützen. Wenn man ernstlich glaubt, daß die Unabhängigen das im Widerspruch zu ihrer früheren Haltung in Zukunft tun wollen, so muß man das gleiche auch von der Deutschen Volkspartei annehmen.

Um aber keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, soll noch einmal ausdrücklich betont werden, daß mit den grundtätigen Bereitwilligkeiten der U. S. V. D. und der D. V. nach keineswegs die erwünschte große Koalition von Stresemann bis Breitscheid perfekt geworden ist. Es wird vielmehr noch weiterer Verhandlungen bedürfen, um die beiden Fraktionen namentlich mit den drei Regierungsparteien zu einem starken Bunde zusammen zu bringen. Wahrscheinlich werden sich bei den Deutschen Volksparteiern

ebenfalls starke Bedenken gegen eine Zusammenarbeit mit den Unabhängigen geltend machen, wie bei den Unabhängigen gegen eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei. Diese Bedenken im einzelnen auf ihre Berechtigung zu prüfen und angelegentlich der gefährdenden Gesamtlage zu überwinden, muß die Bemühung der bisherigen Regierungsparteien in den nächsten Tagen sein. Ob es gelingt, steht einstweilen dahin. Sicher ist heute nur das eine, daß durch die grundtätigen Erklärungen der Unabhängigen und der Deutschen Volkspartei die Atmosphäre in der inneren Politik wesentlich gehoben ist, die Republik und die Reichsregierung gestärkt und die drohende Auflösung des Reichstages wegen Nichtzustandekommen einer 2/3-Mehrheit für das Gesetz zum Schutze der Republik beseitigt ist. Denn nach diesen Erklärungen wäre es absurd, wenn eine der beiden Fraktionen oder beide namentlich gegen das Schutzesgesetz stimmen wollten. Vielmehr begnügt man sich mit diesem Erfolg und verfährt bei weiteren Verhandlungen über die Verbreiterung der Regierungskoalition nach rechts und links bis zum Herbst. Natürlich wäre das nur ein Vorbehalt, aber bei den gegenwärtigen überaus gespannten Verhältnissen muß man schon zufrieden sein, wenn man ohne große Konflikte wenigstens Schrittweise in der Sicherung der Republik weiter kommt.

## Der 11. August als Nationalfeiertag.

Die Regierungsparteien des Reichstages haben namentlich den Antrag im Reichstage eingebracht, den 11. August, den Tag an dem die Weimarer Verfassung Gesetz wurde, zum Nationalfeiertag zu erklären. Es entspricht dem früher schon eingebrachten demokratischen Antrage, der darüber hinaus durch Reichstages die christlichen Feiertage erhalten willen wollte.

## Das Gesetz zum Schutze der Republik.

In die Vorarbeiten des Untersuchungsausschusses knüpfte sich am 7. Juli eine lebhaft. Debatte. Gegenüber der Behauptung des Deutschnationalen Düringer, daß Monarchisten nicht gebildet würden, erklärte der Demokrat Koss, daß zum Beispiel in England der Monarchist v. Kobb unter den Schutz des Gesetzes falle. Der § 1 des Gesetzes gegen die Nordorganisationen wird formuliert, daß er einen allgemeinen Schutz für Personen im öffentlichen Leben auswirkt. Nur mit Zustimmung, nicht mit Todesstrafe werden diejenigen bestraft, die zur Zeit einer Lösung nicht mehr Mitglieder der Organisation gewesen sind. Von der Anzeigepflicht werden nur Gesellschaften, nicht aber auch Rechtsanwaltschaften ausgenommen. Die Bestimmung der Straftat ist Angehöriger kann münden, eventuell mit Strafbefehl bestraft werden.

## Eine Warnung.

Noch ein Demonstrationstag?

Gerihtweise verurteilt, daß die Freien Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien erneut beabsichtigen, öffentliche Kundgebungen zu veranstalten. Es soll am 11. Juli die Demonstration vom 4. Juli wiederholt werden. Es heftig und ernstlich ist es nun, daß nach der Ermordung Rathenaus solche Kundgebungen stattfinden, um für die Erregung der Bevölkerung ein Hauptmittel zu schaffen und den Gegnern der Republik zu zeigen, wie sehr die große Masse des Volkes zur neuen Staatsform steht, so schadet solchen Kundgebungen doch nichts mehr, als ihre heilige Wiederholung. Bereits die neue Demonstration am 4. Juli war vollkommen überflüssig. Die Hauptleitung der Deutschen Demokratischen Partei sowie auch die Mitglieder örtlicher Organisationen haben sofort nach dem Aufruf zu diesen Straßendemonstrationen vor einer Beteiligung daran gewarnt und auf die Gefahren der neuen Demonstration ernstlich aufmerksam gemacht. Der Verlauf der Veranstaltung an vielen Stellen im Reich hat leider den B. Forderungen nur allzu Recht gegeben. Wenn wirklich neue Straßendemonstrationen für den 11. Juli geplant sein sollten, möchten wir jetzt schon auf das Entschiedenste alles was zum Schutze der Republik gehören kann, muß von geordnetem Staatsgewalt ausgehen. Darum ist es ja auch das einseitige und Gesetzwidrige der Republik in Vorbereitung. Wenn trotzdem noch weitere Demonstrationen veranstaltet werden, dann dienen diese nur beabsichtigt den Plänen der Gegenseite.

## Eine deutsche Kohlennote.

Paris, 8. Juli. Das „Journal des Débats“ teilt mit, daß die Reparationskommission eine Note der deutschen Regierung erhalten habe, worin diese darauf hinweist, daß Deutschland, wenn es in England Kohle zu kaufen, um das Kohlenbedürfnis Deutschlands decken zu können. Die deutsche Regierung ersucht, diesem Umstände bei der Ausarbeitung des neuen Kohlenlieferungsprogramms am 1. August Rechnung zu tragen. Die Reparationskommission wird diese Note am nächsten Montag prüfen.

Heutiger Stand des Dollars 522.

## Die Angriffe gegen die Reichswehr.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

Nach den unerfreulichen Standhalten, zu denen es am Schluß der Freitagssitzung des Reichstages gekommen war, herrschte gestern in dem Großen Saale am Rönigsplatz in Berlin Ruhe und Sachlichkeit. Nach der Mitteilung des Präsidenten Loewe hat Reichswehrminister Seeckt in einem energischen Wort die linksoppositionellen Geister bei den Bemerkungen, indem er den Vorschlag machte, daß zur Unterbrechung der Angriffe gegen die Reichswehr ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt werden solle. Dieser Vorschlag ist außerordentlich verdienstlich und man mußte hoffen, daß der Reichstagen, an dem die Angelegenheit verhandelt wurde, sich entsprechend dem Wunsch des Reichswehrministers entscheiden würde. Eine genaue Prüfung aller vorgetragenen Fälle, an der gerade auch die Parteien der äußersten Linken im selben Ausmaß wie die anderen teilnehmen können, ist das einzige einigermaßen geeignete Mittel, um den gerechten Kampf um die Reichswehr, dessen Zeugen wir seit dem 9. November 1918 sind, abzubauen. Auf der Tagesordnung stand heute eine einzige Anfrage zum parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der am 11. August im einzelnen anfrüh, welche Maßnahmen angesichts der im Reichsbund ausgeführt worden seien. Darauf erfolgte die „Liquidation“ des Streitens vom Tage zuvor, indem erstens in Fortsetzung der Interpellationsbehalte der deutschnationale Abg. Henkel zur Vermeidung seiner unterbrochenen Rede das Wort erhielt und zweitens Präsident Loewe eine Reihe von Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei nachträglich zur Erklärung rief. Der Abg. Seeckt wurde überaus ungeschicklich verdrängt. Heute sprach der Abg. Gock (Dem.) das Haus mit seiner tiefgründigen, vornehm-jahrelangen Kritik der innenpolitischen Lage, in deren Rahmen er die überaus wichtigen Fragen des Tages in vorbildlicher Weise behandelte. Der Sozialist des Abg. Henkel gab ihm Anlaß, noch einmal die Frage vom Dolchstoß gegenüber zu kennzeichnen. Im Hinblick auf die Fortsetzung des Reichswehrministers nahm er im weiteren aber auch eingehende Stellung zu den Angriffen auf die Reichswehr, wobei er u. a. anzuführen vermochte, daß die Offiziere des Münchener Kreisfreiwilligenkorps bei dem General v. Moelln vorzeitig geordnet seien, weil von einem Mitglied der Organisation C wiederholt behauptet worden war, daß die Organisation C auf die Münchener Reichswehr anberaubt haben könnte. Die Reichswehrminister erklärten ihrem General, daß sie sich zu keiner Zeit mit derartigen Aussagen einverstanden hätten, die ihrer Unschicklichkeit widersprechen könnten. Mit Recht hielt Abg. Gock der äußersten Linken vor, daß man über solche Dinge doch nicht einfach aus verbildetem Parteidogmatismus hinweggehen könne. Im übrigen geht das Interesse der Verhandlungen hinter den Kulissen, bei denen es nach wie vor darum ging, die drohende Zulassung der innenpolitischen Lage, unter die den jetzt annehmlichen mit ihren unabsehbaren Folgen zu befeitigen.

Präsident Loewe eröffnete die Sitzung um 4 Uhr 20 Min. und teilt mit, daß der Reichswehrminister wegen der Anfragen gegen die Reichswehr die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragt habe. Der Antrag wird dem Reichstagesrat übergeben. Aus der Präsidentenbank teilt mit, daß der Abg. Seeckt (Dn.) auf vierzehn Tage wegen Krankheit beurlaubt worden ist, erhebt sich auf der linken großen Bank. Auf eine Anfrage wird mitgeteilt, daß bis zum 8. Juli 1922 an die Fronte geliefert wurden: 146 326 Gewehre, 175 606 Karabiner, 208 251 Schäfte, 21 441 Sägen und 246 700 Säbner. Zur Seite sind noch rund 51 000 Gewehre, 92 000 Karabiner und 77 000 Schäfte. Die nächste Wehrlieferung aus Süddeutschland erfolgt an Italien in Rindern und Schienen vorausichtlich Anfang September, an Serbien in Schalen Anfang August. Für Italien kommen in Betracht 10 000 Karabiner, 4000 Schäfte, für Serbien 57 000 Schäfte.

Die Besprechung der Interpellationen, die sich gegen antirepublikanische Kundgebungen richteten, wird darauf fortgesetzt. Abg. Seeckt teilt mit, daß das Wort zur Fortsetzung leitet am Donnerstag unterbrochenen Rede. Als er Redeunterbrechung betrifft, verurteilt Sozialisten, Unabhängigen Sozialisten und Demokraten den Saal. Der Redner stellt fest, daß er immer für die Einigung aller Parteien einsetzt. Ist und auch in Dittweilen einen solchen Zusammenstoß gegen politische Gegner erreicht habe. Das mühe im ganzen Reich möglich. Loewe teilt mit, daß er gestern die letzten Punkte nachträglich der Abg. Wels (Soz.), Eickmann (Soz.), Bogner (USP), Wöles (USP) und Kalland (Komm.) zur Ordnung. (Beifall rechts). Abg. Dr. Gök (Dem.) behauptet, daß die Rechte immer wieder die Dolchstoßlegende vorbringe, obwohl bereits viele Generale nicht mehr daran glauben. Der deutsche Reichswehrminister August 1914 befehligt war. Am 1. November 1918 war die Zahl der deutschen Divisionen auf 36 zusammengelassen. Es war eine unerhörte Leistung, daß das deutsche Heer trotzdem noch so lange Standgehalten hat. Auch die Reichswehr sei ein Glück unseres Volkes.

Der Redner verteidigt die Reichswehr und den Reichswehrminister. Man behaupte auch die monarchistischen Offiziere noch, weil kein Krieg da ist. Nach der Ermordung Rathenaus habe General von Seeckt sofort die ersten am Reichswehr getretenen Treueschwüre. Auch in München haben die Offiziere der Reichswehr erklärt, daß die Gerüchte, die Reichswehr würde bei Auslösung der Monarchie mitmachen, durchaus unzutreffend seien. Bisher sind 138 Regimentieren abgeliefert worden und nur

wenige Beschwerden vorgebracht worden. Der Redner fordert den Reichstag auf, sein Reichswehrministerium und sein Reichswehr-Bericht zu prüfen...

Landtag.

Der Schluß der Beratung. — Beschlüsse. Berlin, 7. Juni 1922. Landtag nimmt das Haus den Entwurf auf Erhöhung der Leuzungsgebühren zu den Gebäuden der Reichs- und Staatsämter...

Zur Beratung folgt zunächst das Antragsgesetz. Abg. Dr. Wolffler (Rom.) Die Anträge müßten nicht weiter gefaßt werden und auch denjenigen helfen, die noch fähig sind...

Das Haus tritt darauf ein in die 3. Beratung des Haushalts. Verbunden mit der Beratung wird der Haushalt der Schulpflicht. Es findet zunächst eine allgemeine Beratung statt...

Unterstützung eines Mitgliedes der Organisation C. Erhaben hat, hat eine Unterredung beantragt. Der Unterredungsausschuß... Der Redner negiert die Gründe...

bei dem Antrage auf Gärten hat ergeben, daß die Arbeiter von der Reichs- und Staatsorganisation getrennt und besetzt werden...

Der Senat der Inneren Halle. Eine Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Baerig, der in Halle eine Professur bekleidet, einer Frage unterworfen habe...

Damit ist die Beratung des Haushalts beendet. Das Haushaltsgesetz sowie hinsichtlich der Haushalt der Schulpflicht wird gegen Unabgängige und Kommunisten verabschiedet...

Beheizung und Geldentwertung.

Neuerungen in der Einkommenssteuerung. Im Steuerausgleich des Reichstages wurde am 7. Juli das Erbschaftsteuer- und das Einkommensteuergesetz in erster Lesung verabschiedet...

In einzelnen seien noch folgende Angaben gemacht: Die Einkommenssteuer beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 100 000 Mk. des steuerbaren Einkommens 10 Proz...

ferner wurden die abzugsfähigen Steuerbeiträge von 100 Mk. auf 1000 Mk. und die abzugsfähigen Versicherungsbeiträge auf 8000 Mk. erhöht...

Die Abzüge wurden für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau auf je 480 Mk. im Jahre bei einem Einkommen bis zu 100 000 Mk. und für Kinder auf je 960 Mk. bis zu einem Einkommen von 200 000 Mk. für die Werbungskosten auf 810 Mk. erhöht...

Die Verabschiedung der Einkommensteuer soll in der zweiten Lesung geregelt werden. Die Kapitalrentensteuer soll bis zu 50 000 Mk. Einkommen bis zur Hälfte angedeutet werden...

Vor einer neuen Leuzungsaktion der Beamten.

Zwischen den Beamtenorganisationen finden 3 Verhandlungen statt, die im Hinblick auf die fortgesetzende Geldentwertung und die ständig wachsende Leuzung die Einleitung einer neuen Leuzungsaktion betreffen...

Am 1. Oktober neue Vortragsprüfung?

14 000 Entlassungen. Schon jetzt 11 Milliarden Defizit.

Im Postbehördenausgleich erklärte ein Vertreter des Reichspostministeriums am 7. Juli, daß die vom Ausschuss verlangten Unterlagen zur Berechnung der Postlöhne noch nicht vollständig beschafft werden konnten...

Frankenfurt.

Paris, 8. Juli. Die Befürchtungen der hiesigen Finanzkreise, daß auch der Franken von dem neuen Markfuß mitgerissen werde, scheinen sich übermäßig schnell zu erfüllen...

Im vorläufigen Reichswirtschaftsratsrat am 7. Juli. Der Ratung des Reichswirtschaftsrates zu einem schiedlichen Beschluß über den Arbeitsvertrag, daß der Hausgehilfe nur auf eine ununterbrochene Nachfrist von neun Stunden Anspruch habe mit 80 gegen 77 Stimmen angenommen wurde...

Der frühere preuss. Landwirtschaftsminister v. Schölerer. Dieser ist gestorben. v. Schölerer-Leber hat sich manche Verdienste erworben, war aber eines der Hauptübeln für die immer noch vom sozialdemokratischen Landwirtschaftsminister Braun erfüllt worden...

Das Herz am Rhein.

Roman von Karl Krauß.

„Ah, Gottschalk! (Schallend lachend.) „Und nun sehe deinen Gut auf und komme. Ich muß dir noch etwas zeigen.“ „Was, lieber Doktor? Ich laßelt ja vorzuschlagen.“ „Warte ab! Du wirst es erfahren.“ „Wisset?“ „Wah!“ „Scholl wollte einen Wagen. Sie fuhren in eine der Wärdhäute. Durch schmale, schmuckige Gassen. Es ging gegen Abend und die Straßen leerten sich...“

Der Doktor nickte. Wolfgang aber sah zurd und starrte den Fremden an wie ein Wunder.

„Ich das eine Verabredung — wosante der Alte — daß Sie mich hier aufsuchen.“ „Himmelsgott! Donnerkreuzer! Es geht einem durchs Mark und Bein, wenn man so umarmet mit der Heimat in Verührung kommt. Wahr und wahrhaftig. Obwohl ich damit nicht sagen will, daß ich mich dort drüben wesentlich wohler gefühlt hätte. Wie kann man sich auch wohl fühlen in einem Lande, wo man bei jedem Schritte aber einen Schutzmann stolpert. Wie kann man hier ist es ja auch nicht besonders komfortabel, aber was kann man machen. Man muß froh sein, wenn man das Leben hat und ab und zu einen Schuß Schnaps.“ „Wolfgang war es unbeschäftigt. Dr. Scholl beachtete es nicht. „Die Stelle also, von der ich Ihnen sprach, können Sie kriegen!“ sagte er gelassen. „Aun, ich werde sie mit einmal ansehen. Ich bin eigentlich ganz zufrieden. Und allwul Arbeit verirage ich nicht mehr. Aber ich werde Ihnen den Gefallen tun, ich werde sie mit einmal ansehen — gelegentlich.“ „Ihrer Tochter geht es doch gut?“ fragte Scholl. „Dr. Wolfgang sagte etwas.“ „Dr. Scholl war es gar nicht, daß Sie hat par einen ehemaligen Soldaten geheiratet, einen Welschpauer von den Ostterreieren, und wenn ich die Wahrheit sagen soll, hätte ich mir einen anderen Schwiegersohn gemünst. Aber sie ist zufrieden. Ra, und sie kann es ja auch. Sie hat ein hübsches Geschäft, verdient eine Menge Geld, und trägt mitunter ein Kind. Ra und was will ein Wädel schließlich Besseres. Und eine Fürstin kann sich nicht mehr wünschen. Sie hätte ja auch Ansprüche machen können, aber sie war ein leidenschaftliches Weibchen von jeher. Was geht mich auch an? Ich hab sie seit zwanzig Jahren nicht mehr gesehen.“ „Dr. Scholl hatte auch keine Lust mehr, sich noch weiter mit dem alten Säufser zu unterhalten. Er ließ ihm ein paar Franken zu, und empfahl ihm, sich die Stelle nicht entgehen zu lassen. „Aun, Wolfgang,“ sagte er dracken aufstehend, „hast du jetzt noch dieselben Schmeizgen wie vorhin?“ „Wolfgang blickte ihm in die Hand. „Ihr Kind ist schön, ich habe mich nicht entschuldigt.“ „Es ist eben alles relativ.“ „Behen.“ „Ich bin, was der ganzen Welt, heil an die Zukunft.“

„Es ist ein wahrer Jammer mit dem Menschen!“

„Selten kommt, Wolfgang! Im Deltum gehen, ist schließlich anständiger als an der Wasserleitung zu Grunde gehen. Und irgend etwas muß es ja doch einmal sein. Wehrgott, denk daran, daß die heute noch keine Brief schreiben wollten.“ „Ja, Wädel, nicht will ich schreiben.“ „Ja, das mein Junge, sie wartet vielleicht.“ „Früher einmal sagte sie, sie wolle nach Paris kommen.“ „Wahrscheinlich kommt sie nun!“ „Meint Ihr?“ „Aun nicht so kaffig, mein Sohn! Man könnte ja glauben...“ „Glaubt, was Ihr wollt, Doktor...“ „Ra, bei Gott und Wolfgang Hochgefühl ist kein Ding unmöglich. Was macht übrigens deine kleine Schönerin?“ „Die heiratet... einen noch kleineren...“ „Aun, so geht die Schönheit vor die Hundel. Wie docht bei dem alten Säufser der Traum eines ganzen Volkes. Es ist eine Gaweult! — Ra, groß mit das blonde Kind am Rhein.“ „Er verabschiedete sich. Wolfgang sah ihm einen Augenblick nach, dann eilte er heim, setzte sich an seinen Tisch und schrieb einen langen Brief an sie, die dabei im trosten war wie in der Fremde. Wenn er jetzt gehen hätte, wie er jetzt hier schickend, aber er legt zu ihr hätte einen Bärte... Und er sah her schickend, aber als ein Verdammer, als ein Ausgestoßener, der keine Heimat mehr hatte. O Welt! O Leben! Und er ging zu seiner Kammode, nahm seine Geigel aus dem Wädelgehende und setzte sich sitzend auf die Bettstuhne. Und wie er spielte und die Tone atmete, die er aus dem braunen Holze zwang, da flüchten ihm Tränen, und sein Herz wurde schwer und traurig. Hoffnungen waren einmal gemessen von ihm zu ihr, süße, geheime Hoffnungen, die er sogar vor sich selbst hätte verbergen wollen, und dann war Anna gekommen, und dann Gimire und sie war so sehr vergessen worden, als ob sie nie gelebt habe, als ob sie ihr Auge mit stiller, blanken seinen Blick geschaut hätte, als ob... Ah, er wartet, schied, und er herlich schied und verdiente es nicht Besser, als daß sie ihm gar nicht geschrieben hätte von ihrem Ende. Und seine Geigel sang und sang und war wie ein Engelstimme, die tief in sein Herz drang und die ihm sagte, die geschlafen hatte in der Finsternis.“ (Fortsetzung folgt.)